



Thesenpapier zur Ratspräsidentschaft: „Europäische Umwelt- und Klimapolitik“

I. Auf einen Blick

Die deutsche Bundesregierung benennt als eines ihrer Ziele für die Ratspräsidentschaft [„Ein nachhaltiges Europa“](#). Konkret bedeutet das im Bereich der Umwelt- und Klimapolitik u.a. die Implementierung des Green Deal, Rats-Schlussfolgerungen zum Kreislaufwirtschaftsaktionsplan, Verhandlungen zum 8. Umweltaktionsprogramm, Rats-Schlussfolgerungen zur EU-Biodiversitätsstrategie sowie den Abschluss der Beratungen zum europäischen Klimagesetzes. Darüber hinaus laufen Ende 2020 einige selbst gesetzte Klima- und Umweltziele der Union aus. Die JEF Deutschland setzen sich insbesondere für eine europäische Energieunion und die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens ein.

II. Institutioneller Rahmen

Der „Rat der EU“ als europäisches Organ der Mitgliedstaaten arbeitet in inhaltlich gegliederten Untergruppen, sog. „Ratsformationen“. Die Ratsformation [„Umwelt“](#) (Umweltrat) ist für die Umweltpolitik der EU zuständig. Dazu gehört der Umweltschutz, der Umgang mit Ressourcen und der Schutz der menschlichen Gesundheit. Auch internationale Umweltfragen, v.a. der Klimaschutz fallen in die Zuständigkeit dieser Formation, wobei es in Klimafragen z.B. auch Überschneidungen mit dem Rat [„Verkehr, Telekommunikation und Energie“](#) oder dem Rat [„Landwirtschaft und Fischerei“](#) gibt. Informationen über alle Ratsformationen und deren Arbeitsweise findest du [hier](#). Im Europäischen Parlament befasst sich mit Umweltfragen federführend der [Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit](#) (ENVI). Eine Übersicht der (deutschen) Abgeordneten in diesem Ausschuss findest du [hier](#).

III. Zentrale Herausforderungen

Mit dem [European Green Deal](#) hat die Europäische Kommission Ende 2019 ein ambitioniertes Programm in Richtung Klimaneutralität bis 2050 vorgestellt. Bisherige Meilensteine sind der Vorschlag für ein [europäisches Klimagesetz](#), die Strategie [„Vom Hof auf den Tisch“](#) für die Resilienz und Nachhaltigkeit von Lebensmittelsystemen und die [Biodiversitätsstrategie für 2030](#) für den Schutz natürlicher Ressourcen. Zudem beschloss das Europäische Parlament im Rahmen des Europäischen Klimagesetzes eine Reduktion der Emissionen um 60% bis 2030. Eine Entscheidung des Rates steht hierzu noch aus. Die Kommission schlug 55% vor, in der bisher geltenden Legislation sind 40% vorgesehen. Darüber hinaus einigten sich solle und beschlossen zudem die [europäische Biodiversitätsstrategie](#). Noch ausstehend sind





Entscheidungen zum [Europäischen Klimapakt](#) für die Einbindung von Bürger*innen und Gemeinschaften in die europäische Klimapolitik sowie dem im Oktober von der Kommission vorgestellten [8. Allgemeinen Umweltaktionsprogramm](#). Über das Umweltaktionsprogramm wird voraussichtlich erst Anfang nächsten Jahres im Parlament und im Rat entschieden.

Ende 2020 stehen zudem einige [selbst gesetzte Umwelt- und Klimaziele](#) auf dem Prüfstand: die Reduzierung der Treibhausgasemissionen um 20% im Vergleich zu 1990, die Senkung des Primärenergieverbrauchs um 20% und die Sicherstellung von einem Anteil von mindestens 20% der erneuerbaren Energien am Energiemix.

IV. Positionen der JEF im Überblick

Klima:

Wir fordern die [effektive Umsetzung](#) der Ziele des Pariser Klimaabkommens und den Beschluss weitergehender Klimaziele. Mitgliedstaaten, die die Ziele nicht einhalten, sollen [sanktioniert](#) werden. Eine Strategie zur Bekämpfung des Klimawandels sollte einen [multisektoralen](#) Ansatz enthalten und auch Maßnahmen zur [Anpassung](#) an den Klimawandel enthalten. Zudem sollen nur noch [klimaneutrale Projekte](#) von der Union subventioniert werden. Darüber hinaus fordern wir, [Grenzausgleichsmaßnahmen](#) einzuführen, um die Abwanderung von Industriezweigen in Länder mit geringeren Klimaschutzstandards zu verhindern und gleichzeitig internationale Anreize zu ambitionierterem Klimaschutz zu kreieren,

Energie:

Wir fordern eine [europäische Energieunion](#) für eine klimafreundliche Ausgestaltung des europäischen Energie- und Umweltbereichs sowie die [Reduzierung von Treibhausgasen](#) in der Energiegewinnung. Hierfür ist [Infrastruktur](#) wie eine europäische Wasserstoffwirtschaft und stärker integrierte Stromnetze notwendig.

Zertifikatehandel:

Wir fordern die [Ausweitung und Umgestaltung](#) des bestehenden EU-Zertifikatehandels auf weitere Sektoren wie den Flugverkehr, [Seeverkehr, Mobilität und Wärme](#) und die [Einführung eines Emissionshandels](#) zwischen den G20-Staaten. Zudem müssen die Zertifikate [zunehmend begrenzt](#) werden.

Handel:

Wir fordern, Klimapolitik sollte [Teil der europäischen Handelspolitik](#) sein. Umweltstandards in Handelsverträgen sollten [effektiv durchsetzbar und rechtlich verbindlich](#) sein und Handelsverträge nur ratifiziert werden, wenn diese auch umweltverträglich sind. Zudem darf es zu keiner Aufweichung des [Vorsorgeprinzips](#) kommen.



#BesserZusammen



Umwelt- und Sicherheitsstandards:

Wir fordern eine angemessene Weiterentwicklung von [Sicherheitsstandards](#) für Industrieanlagen und den Ausbau eines koordinierten, [europäischen Katastrophenschutzes](#). Zudem sollen „[Europaschutzgebiete](#)“ als grenzüberschreitende Flächen ausgeweitet werden.

Mobilität:

Wir fordern die Förderung und den Ausbau [europäischer Nachtzugverbindungen](#), den Ausbau des [Güternetzes](#) sowie die Förderung und den Aufbau von [Fahrradstraßen](#) in europäischen Städten und Grenzregionen.



JUNGE
EUROPÄISCHE
FÖDERALISTEN
DEUTSCHLAND